

Hessen (CDU und FDP 2008-2013)

Die europäische Einigung hat unserem Kontinent seit mehr als 50 Jahren innere Stabilität und Frieden sowie gleichzeitig Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum gebracht. Europa ist nicht nur eine Wirtschaftsunion, sondern auch eine Werte- und Kulturgemeinschaft. Wir bekennen uns nachdrücklich zum europäischen Einigungsprozess als Garant für Frieden, Freiheit, politische Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in Hessen, Deutschland und Europa. Die bisherigen Erweiterungen der EU stellen auf europäischem Boden eine einmalige friedliche Erfolgsgeschichte dar, die mit Augenmaß weitergeführt werden muss.

Im Lichte der Herausforderungen, vor denen die Europäische Union steht, ist es unser gemeinsames Ziel, die EU demokratischer und Entscheidungen transparenter zu machen. Unsere Vision ist die eines Europas der Bürger. Über Bürger- und Freiheitsrechte, über Datenschutz und Migration, über Justizfragen und Grundrechtsschutz muss das Europäische Parlament mitentscheiden, nicht alleine die im Rat vertretenen Regierungen. Dies würde mit dem von uns unterstützten Vertrag von Lissabon spürbar verbessert. Es kommt nach den institutionellen Reformen jetzt darauf an, Europa nicht nur in den Köpfen, sondern auch in den Herzen der Menschen zu verankern. Es wird also entscheidend sein, die Elemente des Vertrags von Lissabon, die die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten verbessern, mit Leben zu erfüllen.

Die EU kann für den Bürger verständlicher werden, wenn sie sich auf das Wesentliche beschränkt. Wir wollen eine schlanke, aber starke EU. Nicht jedes Problem in Europa ist auch ein Problem für Europa.

Als Land im Herzen Europas, als leistungsstarke Zukunftsregion wird Hessen seinen Einfluss in der Landes-, Bundes- und Europapolitik entschlossen nutzen.

CDU und FDP vereinbaren:

1. Wir werden uns auch weiterhin für eine klare Trennung der Rechte und Zuständigkeiten der einzelnen Politikebenen nach dem Subsidiaritätsprinzip einsetzen. Wir sind gegen eine EU Steuer und für die Beibehaltung des Verschuldungsverbots. Wir sind für ein soziales Europa auf marktwirtschaftlicher Grundlage als Ergebnis von Sozialpolitik in nationaler Verantwortung, damit sie auch weiterhin nah am Menschen orientiert ist.
2. Wir werden uns dafür einsetzen, dass wir unsere starke internationale Wettbewerbsstellung als europäische Wirtschaftsregion ersten Ranges mit Frankfurt als Verkehrsdrehkreuz, als Finanzzentrum und bedeutender Versicherungsstandort der Eurozone und Sitz der Europäischen Zentralbank beibehalten. Deshalb treten wir für umfassende internationale Vereinbarungen anstelle von europäischen Insellösungen ein.
3. Wir werden ein Antragskompetenzzentrum als Servicestelle des Landes schaffen, das Interessierten mit Rat und Tat zur Seite steht, bereits bestehende Initiativen unterstützt und vernetzt sowie daran mitarbeitet, dass das Land Hessen eine bestmögliche Förderquote aus europäischen Mitteln erreicht.
4. Wir werden die bewährte und gute Zusammenarbeit mit unseren Regionalpartnern in der EU – Emilia Romagna, Aquitaine und Wielkopolska – fortführen und weiter intensivieren. Darüber hinaus werden wir auch unsere erfolgreichen Partnerschaften mit den Regionen außerhalb der EU – dem amerikanischen Bundesstaat Wisconsin, der russischen Oblast Jaroslawl sowie Shenzhen und Jianxi in China – in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht weiterentwickeln. Auch die anzustrebende Partnerschaft mit einer Region in der Türkei wollen wir in diesem Geiste gestalten.
5. Wir werden den Ausschuss der Regionen als Instrument zur Wahrnehmung hessischer Interessen und zur Vernetzung europäischer Regionen mit gemeinsamer Zielsetzung nutzen und nach Möglichkeit fortentwickeln.
6. Wir werden die Hessische Landesvertretung in Brüssel als Knotenpunkt im hessischen Europanez – mit weiteren Partnern – stärken. Das Modell des Mehr-Regionen-Hauses hat

sich bewährt und soll beibehalten werden – mittelfristig allerdings an einem anderen Standort in Brüssel.

7. Wir werden die Präsenz des Landes in Brüssel und in europäischen Institutionen und Gremien weiter ausbauen und den Verwaltungsaustausch mit unseren Partnerregionen fortführen und vertiefen.
8. Wir werden unter Einbeziehung in das Subsidiaritätsfrühwarnsystem des Vertrages von Lissabon einen regelmäßigen und intensiven Informationsaustausch mit den Gremien des Hessischen Landtags und mit den Gremien und Organen der Europäischen Union sicherstellen.
9. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Entbürokratisierung konsequent und zügig weiter vorangetrieben wird und dabei vor allem auf spürbare Entlastungen für kleine und mittlere Unternehmen drängen.
10. Wir werden uns nachdrücklich für die Gleichbehandlung der deutschen Sprache gegenüber dem Englischen und Französischen innerhalb der Institutionen der EU einsetzen.
11. Wir werden den Europabezug in der Bildung stärken und in allen Bildungseinrichtungen bestehende Initiativen fortführen und neue anstoßen.
12. Wir werden möglichst vielen Kindern die Chance einräumen, zwei Fremdsprachen zu erlernen. Die vielen Sprachen Europas sind Ausdruck seiner unermesslichen kulturellen Vielfalt und seines Reichtums an Tradition, Geschichte und Wissen. Wir werden daher Bildungseinrichtungen anhalten, Partnerschaften zu vertiefen und neue zu vereinbaren.